

Sarkozy verspricht neue Härte

Mit Bauernschutz, Verzicht auf Ökosteuer und Burka-Verbot will Frankreichs geschwächter Präsident wieder Oberhand gewinnen.

VON DANNY LEDER, PARIS

Mit einer kämpferischen Ansprache reagierte Nicolas Sarkozy gestern erstmals auf die schwere Niederlage seiner bürgerlichen Sammelpartei UMP bei den Regionalwahlen. Er verstehe die „Besorgnis“ der Wähler angesichts der Wirtschaftskrise, erklärte Sarkozy. Auch seine Reformen hätten „Ängste“ hervorgerufen. „Nichts wäre aber schlimmer als jetzt Kurs zu wechseln“.

Deshalb werde die Renten-Reform „innerhalb von sechs Monaten“ erfolgen. Allerdings wolle er Verhandlungen Raum lassen. Damit reagierte Sarkozy auf eines der Motive für den Sieg der Linksopposition. Bestärkt durch das Wahlergebnis hatten sich Hunderttausende am Dienstag an Gewerkschaftsdemos gegen die Heraufsetzung des Rentenalters (bisher 60 Jahre) beteiligt.

KRISE IN DER EU Die Stammwähler der UMP in der Bauernschaft hatte Sarkozy im Visier als er ankündigte, er sei „eher bereit eine Krise in der EU, als die Aushebelung der gemeinsamen Agrarpolitik hinzunehmen“. Der Abbau der landwirtschaftlichen Reglementierung in der EU nährt das Bauernsterben in Frankreich. Viele enthielten sich der Stimme oder wählten die Rechtspartei „*Front national*“.

Sarkozy präsentierte sich auch wieder als Ordnungshüter und Protektionist: Man habe „viel zu lange Gewalttäter besser behandelt als ihre Opfer, die Unverantwortlichkeit gewisser Eltern akzeptiert“. Dagegen versprach er Sanktionen bei der Familienbeihilfe, wenn Kinder Schule schwänzen, und die Aussonderung von Ruhestörern in Sonderschulen. Die von Sarkozy geplante CO₂-Steuer, die eine ökologische Wende krönen sollte, werde erst in Kraft treten, wenn die EU „eine Steuer an ihren Grenzen zum Schutz der eigenen Unternehmen gegen unlautere Konkurrenz beschließt“.

BURKA Sarkozy kündigte ein Verbot der Burka an, wie es eine Mehrheit der UMP-Parlamentarier gefordert hatte. Sarkozy wollte gestern auch vorwiegend die UMP wieder in Griff bekommen. Auf der ersten Sitzung der UMP-Parlamentarier nach der Wahlschlappe herrschte Wut über Sarkozy. Premier Francois Fillon war mit dem Ruf empfangen worden: „Fillon Präsident!“. Etliche bürgerliche Abgeordnete sind der Ansicht, dass der Premier der bessere

Kandidat für Präsidentenwahlen 2012 wäre. Laut Umfrage sind überhaupt nur 14 Prozent der Franzosen für eine neuerliche Kandidatur von Sarkozy. 59 Prozent würden einen linken Staatschef bevorzugen.